

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt am 25.04.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung wurde durch **Herrn Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt.

Bestätigung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden keine Änderungswünsche vorgebracht, so dass sie ungeändert bestätigt wurde.

Für Erläuterungen zum Tagesordnungspunkt 3.2 wurde durch **Herrn Bürgermeister Gröger** das Redrecht für Frau Prof. Luther, TU Cottbus und Moderatorin im Projektteam Interkultureller Generationenpark, sowie Frau Kremer, Stiftung Bauhaus, beantragt. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Es fehlten:

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Ralf

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschriften vom 15.03.2007 und 21.03.2007

Zum Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt vom 15.03.2007 wurden keine Änderungsanträge geäußert, so dass es einstimmig beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Das Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Bauausschüsse der Städte Dessau und Roßlau vom 21.03.2007 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

2. Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der Sitzung vom 28.03.2007

In der Sitzung am 28.03.2007, berichtete **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, wurde über die Vergabe der Planungsleistung zur Erstellung des Nahverkehrsplanes an die Firma ISUP, Dresden, die Vergabe der Rohbauleistung am AOK-Gebäude an die Firma Schieck & Scheffler, Dessau, die Vergabe der Bodenbelagsarbeiten in der Ganztagschule Zoberberg an die Firma Schüler, Dessau, sowie die Vergabe der Heizungs- und Sanitärinstallation an die Firma ME-LE, Dessau, informiert.

3. Öffentliche Informationsvorlagen

3.1. URBAN II - Fortführung der Planung zur Aufwertung Grünachse Altes Theater-Stadtpark, Platzgestaltung "Platz am Alten Theater" Vorlage: IV/018/2007/VI-65

In der Ausschusssitzung vom 21.02.2007, erinnerte einführend **Herr Tschada, amt. Dezernent für Bauwesen und Umwelt**, wurde als Arbeitsrichtung festgelegt, dass durch das Planungsbüro Därr mehrere Varianten für die Platzgestaltung erarbeitet werden sollten, die anschließend dem Beirat für Stadtgestaltung zur Erarbeitung einer Empfehlung vorzulegen sind. Im Ergebnis der Variantendiskussion sprach sich der Gestaltungsbeirat für die Umsetzung der ursprünglichen Variante 1 mit den ovalen Vegetationsflächen und Lavendelbepflanzung auf kleinen Anhebungen aus.

Nach Meinung von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, sei die Anordnung der Außengastronomie sowohl im Nord- als auch im Südbereich des Platzes zu überdenken. Im Südbereich biete der Bereich zwischen Hausfassade und Pflanzhügel nur eine Breite von vier Metern, im Nordbereich werde der Gastronomiebereich durch drei Stufen im Niveau gestört. Er empfehle, eine Abstimmung mit den Gastronomiebetreibern durchzuführen, um Missverständnissen vorzubeugen.

Eine weitere Frage sei für ihn, die gestalterische Vorstellung der Pflanzhügel sowie die Pflegeintensität, die durch den Lavendel verursacht werde.

Abschließend wies er auf das ursprüngliche Ansinnen hin, das die Einbeziehung der Reststücke der Säulen des alten Theaterbaus als historische Spur und bewusstes Gestaltungselement in die Platzgestaltung vorsah.

Der Betreiber der Theatergastronomie stehe noch nicht fest, antwortete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**. Der südliche Platzbereich wurde schematisch dargestellt, um die unterzubringende Anzahl an Sitzplätzen entsprechend der Bedarfsanmeldung zu kennzeichnen.

Herr Dr. Schmidt wiederholte seine Bitte, mit dem konkreten Betreiber abzustimmen, ob die Breite als ausreichend erachtet werde.

Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement, ergänzte, dass der Betreiber sich auf der südlichen Platzfläche verteilen könne. Entscheidend sei die Abstimmung der Möblierung für beide Gastronomen. Die verschiedenen Ebenen im nördlichen Platzbereich resultieren aus der unterschiedlichen Höhe der Straße und der daraus erarbeiteten kostengünstigsten Lösung. Da im überdachten Bereich des Alten Theaters bereits Säulen vorgesehen sind, wäre die Korrespondenz zu den historischen Säulen eher schwierig, vor allem aufgrund der Dimensionen des Platzes. Darüber hinaus sei der Ursprung der eingelagerten Säulenteile nicht zweifelsfrei nachgewiesen. Auch die Einbindung des Schneiderdenkmals musste verworfen werden. Der zu pflanzende Lavendel sei als stark wachsende Bepflanzung mit gutem Wintererscheinungsbild zu beschreiben.

Nachdem keine weiteren Anregungen geäußert wurden, merkte **Herr Bürgermeister Gröger** an, dass das Anhaltische Theater bei der Auswahl des Gastronomen bereits Einfluss auf die Bestuhlung im Außenbereich nehmen muss. Als Arbeitsrichtung der Verwaltung wurde die Vorbereitung der Umsetzung der Maßnahmen nach der Variante 1 festgelegt.

Zur Kenntnis genommen.

3.2. Interkultureller Generationenpark - Termin- und Arbeitsplan für das Beteiligungsverfahren Stadtpark **Vorlage: IV/019/2007/VI-65**

Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, übergab das Wort an Frau Prof. Luther zur Erläuterung des Beteiligungsverfahrens und an Frau Kremer zur Information über die geplanten Veranstaltungen.

Das vergleichsweise aufwendige Beteiligungsverfahren begründe sich in der unangemessenen Qualität, die der Park derzeit vermitteln, so **Frau Prof. Luther, TU Cottbus und Moderatorin des Projektteams**. Es sei der Versuch, den Ort den Bürgern durch Aktionen und andere Sichtweisen positiv bewusster zu machen. Weiter gehend informierte sie über Inhalte und Teilnehmer der Planungswerkstatt und der Zwischenpräsentation im Juni. Nach der Ausstellung der Ergebnisse im August erfolgt eine Vorauswahl und Weiterbearbeitung des Themas bis hin zu der Evaluation im Oktober. Der Ort soll zur Erreichung einer neuen Qualität einen An Schub erfahren. Natürlich seien Folgeleistungen im Umfeld notwendig, um das Projekt in das Quartier einzufügen.

Auf Nachfrage des **Herrn Kopf, CDU-Fraktion**, hinsichtlich des Sicherheitsaspekts, erläuterte **Frau Prof. Luther**, dass Fachbüros mit den Untersuchungen zu diesem Thema beauftragt wurden. Vorab werde mit den Planungsbüros ein Workshop durchgeführt, um die Probleme des Ortes zu diskutieren. Die gesamtstädtischen Probleme seien dabei aber nicht zu lösen.

Nachdem die erste Arbeitssitzung in dieser Woche stattfand, so **Herr Bürgermeister Gröger**, sind weitere Sitzungen auch unter Einbindung der Polizeidirektion und der zuständigen städtischen Ämter vorgesehen. Die Frage sei nun, wie die Stadträte in den Prozess einbezogen werden. Die Schaffung eines weiteren Gremiums schätzte er als überzogen ein und schlug vor, neben der Teilnahme der Stadträte an den Veranstaltungen, eine zeitnahe Information im Ausschuss vorzusehen.

Dies sei ein gutes Angebot, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Aufgrund der Brisanz des Themas Sicherheit sei vor der Evaluierung im Ausschuss zu entschei-

den, was gezeigt und eventuell umgesetzt werden soll. An dieser Stelle seien genaue Überlegungen notwendig, um die Erwartungshaltungen zu erfüllen.

In der Verteilung der Finanzen in den einzelnen Jahren seien ein Dissens zwischen den Jahresscheiben vorhanden und eine Budgetbereitstellung zur weiteren Fortführung des Prozesses nicht erkennbar. Wie geht dieser Prozess weiter und wer begleitet ihn, stelle sich als Frage. Ebenso sei zu prüfen, die Verteilung der finanziellen Mittel nach der Evaluierung neu zu sortieren.

Seit Beginn wurde darauf hingewiesen, so **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass eine grundlegende Umgestaltung des Stadtparks mit dem Budget nicht möglich sei, sondern nur einzelne Bausteine umgesetzt werden können. Weitere Maßnahmen unter Einwerbung zusätzlicher Fördermittel werden notwendig sein, um das Konzept weiter zu verfolgen.

Er könne die Bedenken des Herrn Dr. Schmidt verstehen, äußerte **Herr Bürgermeister Gröger**. Um die Gefahr abzuwenden, dass diese starken Prozesse dann abbrechen sei es wichtig, eine selbsttragende Gestaltung der Bürgerbeteiligung zu erreichen. Neben dem Investitionsvolumen von 300 T€ sind Projekte auszuwählen, die über den Stadtumbau mitzufinanzieren sind. Dadurch könne das angesprochene Risiko eingegrenzt werden.

Da ihm die Summen für die Öffentlichkeitsarbeit im Vergleich recht hoch erscheinen, hinterfragte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, die Möglichkeit der Änderungsmöglichkeiten.

Für das Jahr 2007 seien diese Summen festgeschrieben, antwortete **Frau Kremer, Stiftung Bauhaus**, eine notwendige Neuordnung bzw. Nachkorrektur aufgrund der Evaluationsergebnisse sei mit dem BBR abzustimmen.

In Bezug auf die Sicherheitsfrage, die eine komplexe Thematik und nicht nur technische Aspekte betreffe, sei die Erreichung eines positiven Images des zentralen Ortes notwendig.

Nachdem **Frau Prof. Luther** zustimmte, dass man in diesem Rahmen nur den Anstoß für Folgeprojekte liefern könne, verwies **Frau Dr. Lott, Amt für zentrales Gebäudemanagement**, auf die letzte Seite der inzwischen an die Anwesenden verteilten Sonderausgabe der Parkzeitung, die eine für den Mai geplante Vielzahl von Veranstaltungen ausweise. Damit könne der zentrale innerstädtische Ort seine Eignung erweisen, Mut für weitere Aktivitäten in diesem Areal machen und auf die angrenzenden Quartiere wirken.

Da die Realisierungsphase sich nicht direkt anschließt, stelle sich die Frage, so **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, wie die Hürde der Evaluation genommen werden soll.

Man setze auf den ersten Schritt, so **Frau Prof. Luther**, bei dem die Kraft durch das Konzept gemeinsam mit der Bevölkerung zu entwickeln sei. Auch die ökonomische Wichtigkeit dieses Ortes für die Stadt sei nicht zu vernachlässigen, was sie anhand des Beispiels des Bremer Hafengebiets erläuterte.

Beginnend mit der Veranstaltung am 28.04.2007 informierte **Frau Kremer** über das Beteiligungsverfahren und lud alle Anwesenden zur Teilnahme an den verschiedenen Aktionen ein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorgebracht wurden, fasste **Herr Bürgermeister Gröger** zusammen, dass mit der Informationsvorlage die weitere Arbeitsrichtung für die Verwaltung festgelegt sei und dass vor der Evaluation die Ergebnisse des Planungsprozesses im Ausschuss zur Diskussion zu stellen sind.

Zur Kenntnis genommen.

3.3. Entwicklungstendenzen zur Verkehrskooperation in der Region Anhalt Bitterfeld-Wittenberg **Vorlage: IV/015/2007/VI-66**

Eingangs erinnerte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, über die bereits gegebenen Informationen zu den Bestrebungen der Organisation von Verkehrsverbünden und übergab zur Erläuterung der Ergebnisse der Beratungen an **Herrn Link, Tiefbauamt**. Dieser erklärte im Folgenden die Ausgangssituation der regionalen verkehrlichen Zusammenarbeit sowie die Untersuchungsergebnisse hinsichtlich der Verflechtungen zwischen den Verkehrsregionen. Nachdem festgestellt wurde, dass diese Verflechtungen zwischen den Regionen als schwach und um die Oberzentren als stark zu bewerten seien, wurde empfohlen, eine dezentrale Betrachtung der Verbünde durchzuführen. Für Dessau seien zwei Varianten gegeneinander abzuwägen. Zum einen die Einbindung in den Mitteldeutschen Verkehrsverbund, zum anderen der Aufbau regionaler Verkehrs- und Tarifkooperationen. Aus Gründen der geringeren Kosten wird die zweite Variante favorisiert. Zur Abstimmung der bisherigen Arbeitsstände werde am 26.04.07 erneut beraten. Mit dem Hinweis auf die zukünftige Tarifproblematik der Doppelstadt Dessau-Roßlau wurde zugesagt, über aktuelle Entwicklungen im Ausschuss zu informieren.

Mit der Neuordnung innerhalb von Dessau-Roßlau, so **Herr Bürgermeister Gröger**, seien Tendenzen zu Verkehrsverbünden bzw. -kooperationen zu prüfen, um auch die Region nachhaltig zu stärken.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezeichnete die Erläuterung nachvollziehbar. Er könne diese Vorgehensweise mittragen. Seine Nachfrage zum Umgang mit den zwei Verkehrsbetrieben bzw. eventuelle Subunternehmensregelungen in Dessau und Roßlau beantwortete **Herr Link** mit bislang differenten Auffassungen zur Vergabe der Leistung. Zur Schaffung einer gleichberechtigten Lösung seien Kooperationsverträge denkbar. Auch die Möglichkeit eines Subunternehmens werde geprüft.

Herr Bürgermeister Gröger bestätigte derzeit laufende Gespräche in alle Richtungen. Die Frage sei jedoch, wie das zukünftige ÖPNV-Gesetz ausgestaltet sei. Diesbezüglich sei bereits ein Schreiben an den EU-Abgeordneten, Herrn Stockmann, in Arbeit.

Wie viel die angesprochenen 350.000 Fahrgäste im ABW-Tarif im Vergleich zur Gesamtzahl darstellen, hinterfragte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Dieser Vergleich sei sehr schwer anzustellen, antwortete **Herr Link**, da der ABW-Tarif auf Zeitkartenbasis beruhe. Man könne aber von einem Anteil von 2 ... 4 % ausgehen. In diesem Zusammenhang bat Herr Link um Korrektur auf Seite 3 der Information. Im zweiten Anstrich müsse es anstatt „2%“ „4%“ lauten.

Weitere Fragen wurden nicht geäußert.

Zur Kenntnis genommen.

4. Öffentliche Beschlussvorlagen

4.1. Neubau der Bahnhofstraße im Zuge der Ortsdurchfahrt der künftigen Bundesstraße 184n in der kreisfreien Stadt Dessau - Maßnahmebe-

schluss -
Vorlage: BV/079/2007/VI-66

Mit dem Hinweis, dass mit dieser Baumaßnahme der letzte Abschnitt der Westtangente abgeschlossen sein wird übergab **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, zur Einführung in die Beschlussvorlage an **Frau Jung, Tiefbauamt**, die auf einige Details der Baumaßnahme näher einging, nachdem das Gesamtvorhaben bereits mehrfach im Ausschuss Behandlung fand. Neben den Lärmschutzmaßnahmen und dem Kreisverkehr im Kreuzungsbereich Kühnauer Straße / Gropiusallee, erläuterte sie die Neugestaltung des Westausgangs. Nach Planfeststellungsbeschluss werde das Vorhaben noch im Jahr 2007 begonnen und mit Restleistungen im Jahr 2009 abgeschlossen.

Hinsichtlich der Fahrradwegeverbindungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit sowie die Verlängerung in Richtung Georgenallee hinterfragte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die vorgesehene Ausführung. Im Bereich des Arbeitsamtes behindere das verlegte Großpflaster die problemlose Fahrradwegeführung. Das Einfügen eines Fahrbandes könne hier Abhilfe schaffen.

An das Tiefbauamt werde der Arbeitsauftrag erteilt, so **Herr Bürgermeister Gröger**, eine Klärung mit der Bundesanstalt für Arbeit herbeizuführen, ob die entsprechende Radwegeverbindung eine Aufwertung erfahren könne. Des Weiteren sei der finanzielle Rahmen zu prüfen, um die Radverbindung zur Georgenallee in die Gesamtmaßnahmen einzubeziehen.

Auf die abschließende Frage von **Herrn Dr. Schmidt** hinsichtlich der Auskömmlichkeit der Anzahl der vorgesehenen Fahrradstellplätze, antwortete **Frau Jung**, dass an dieser Stelle der angenommene Bedarf von 50 Stellplätzen ausschlaggebend gewesen sei. Eine Erweiterung sei möglich, wenn die Notwendigkeit zu erkennen sei.

Weitere Anfragen wurden nicht geäußert, so dass der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.2. Sanierung und Umbau Astronomische Station "Samuel Heinrich Schwabe" des "Walter-Gropius-Gymnasiums", Peterholzstr. 58, in 06849 Dessau.
Vorlage: BV/080/2007/V-40

Es bestand weder Einführungs- noch Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.3. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 130 "Industrie- und Gewerbegebiet Gärungschemie", 1. Änderung
Vorlage: BV/107/2007/VI-61

Einführungs- oder Diskussionsbedarf wurde nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

4.4. Satzung der Stadt Dessau über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (Straßenausbaubeitragssatzung) Vorlage: BV/353/2006/VI-60

Einführend erinnerte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, an die gemeinsame Sitzung der Bauausschüsse von Dessau und Roßlau am 21.03.07 zur Verständigung auf eine gemeinsame Straßenausbaubeitragssatzung. Die dabei vereinbarten Regelungen zur Beteiligung sowie die Höhe der Beiträge wurde durch die Verwaltung in die nun vorliegende Beschlussvorlage eingearbeitet. Im Roßlauer Hauptausschuss erfolgte die Verweisung der Vorlage zurück in die Verwaltung mit dem Auftrag, bei den Beiträgen das arithmetische Mittel der jeweiligen Beitragshöhen zu bilden. Diesem Auftrag kann aus seiner Sicht aufgrund der Haushaltssituation der Stadt nicht gefolgt werden. Er schlug vor, jetzt zur Straßenausbaubeitragssatzung abzustimmen und den gemeinsamen Hauptausschuss zum weiteren Vorgehen entscheiden zu lassen.

Dem wurde nichts entgegnet, so dass zur Abstimmung aufgerufen wurde.

Abstimmungsergebnis:

3 : 3 : 1

Demnach habe der neue Stadtrat Dessau-Roßlau hinsichtlich der zu novellierenden Straßenausbaubeitragssatzung zu entscheiden, da die Fristen für den Dessauer Stadtrat nicht zu wahren sind, resümierte **Herr Bürgermeister Gröger**. Bei aktuellen Baumaßnahmen und Bürgerbeteiligungen werde nach Abstimmung mit Roßlau dieser Aufschub zu keinen Problemen führen.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1. Informationen des Bürgermeisters

Für den 09.05.07 kündigte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, eine gemeinsame Sitzung des Bau- und des Kulturausschusses zur Thematik Meisterhausensemble sowie Auswertung der Veröffentlichungen im Blaubuch zum Bauhaus an. Weiterhin informierte er über eine Veranstaltung am 03.05.07 im Impfstoffwerk mit dem Ministerpräsidenten Herrn Prof. Böhmer.

5.2. Informationen des Dezernates für Bauwesen und Umwelt

Im Rahmen der diesjährigen Agenda-Woche, informierte **Herr Tschada, amt. Dezernent für Bauwesen und Umwelt**, seien zwei Stadtumbautage geplant. Am 26.04.07 ab 15.00 Uhr erfolgt die Einweihung des Artenschutzturmes auf dem ehemaligen Molkereigelände im Ostgrünzug sowie begleitendes Programm. Am 28.04.07 nach der Veranstaltung um 10.00 im Stadtpark zum Interkulturellen Generationenpark werden im Bereich des ehemaligen ANDES-Geländes die Vorstellung der Stadtumbauplanungen im Westgrünzug durchgeführt sowie die Möglichkeit der Besteigung des früheren Räucherturms geboten. Die Stadträte wurden herzlich zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen eingeladen.

5.3. Anfragen und Informationen der Fraktionen

Da es im Kreuzungsbereich der Hauptpost als Rechtsabbieger von der Friedrichstraße in die Kavalierstraße mehrfach zu Konflikten mit der Straßenbahn gekommen sei, bat **Herr Kopf, CDU-Fraktion**, um Prüfung der Schaltzeiten der Ampelanlagen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Böhler, Fraktion Pro Dessau**, zum weiteren Fortgang der Bauarbeiten am Rundweg Kühnauer See, benannte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, die hohen Wasserstände und die damit verbundene Durchfeuchtung der Bauflächen als Gründe für die Unterbrechung der Arbeiten. Bei entsprechender Wetterlage werden die Arbeiten fortgesetzt.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, bat um Informationen hinsichtlich der Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe für das Einzelhandelskonzept. Die Aufgabenstellung zum Einzelhandelskonzept werde derzeit als Entwurf vorbereitet, so **Herr Tschada, amt. Dezernent für Bauwesen und Umwelt**. Aufgrund der schwierigen Teilung zum Zentrenkonzept werde die Erarbeitung dieser Aufgabenstellung parallel erfolgen. Als Vorsitzenden des Arbeitskreises wurde Herr Ernst vorgeschlagen, dessen Bereitschaft jedoch noch abzuklären sei. Diese Variante wurde gewählt, da dem Moderator eher eine ausgleichende Rolle zugesprochen wurde. Das Protokoll der Sitzung am 17.04.07 könne den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Die nächste Sitzung sei für den 03.05.07 geplant.

In Bezug auf die laufende Spendenaktion für die Sanierung der Turnhalle der Regenbogenschule regte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die Prüfung der Einbindung in die Stadtsanierung an, um entsprechende Fördermittel einwerben zu können. Für die Finanzierung der Turnhalle der Regenbogenschule bieten sich, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, zwei Möglichkeiten an. Erstens die Finanzierung über Stadtumbau Ost – Aufwertung, da sich die Turnhalle im förmlich festgesetzten Fördergebiet Innenstadt als urbaner Kern befindet. Zweitens besteht die Möglichkeit auf Mittel aus dem Sanierungsprogramm Dessau-Nord zurück zu greifen, wenn die Finanzierung aus Stadtumbaumittel nicht gesichert werden kann.

Um weitergehende Informationen zur Einrichtung der Stadtteilbibliothek in der Ganztagschule Zoberberg, insbesondere zur Förderfähigkeit der Ausstattung, bat **Herr Dr. Schmidt**. Nachdem **Herr Bekierz** bestätigte, dass die Möblierung nicht förderfähig sei, ergänzte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass das Geld für die Turnhalle ebenso fehle und man entsprechend der Prioritäten prüfen müsse, für welche Maßnahme städtische Eigenmittel eingesetzt werden sollen.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

Bürgermeister u. Dezernent für Bauwesen Karl Gröger
Vorsitzender Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt Schriftführer